

Beschulung von Flüchtlingskindern

Was hat sich verbessert? Wo fehlt es noch?

Von Ulrike Duchrow und Melanie Skiba

„Willkommen in der Schule?“ hieß ein Artikel im Rundbrief 1/2014 des Flüchtlingsrats BW. Kann nach einem Jahr das Fragezeichen entfallen? Gibt es inzwischen eine Willkommenskultur in der Schule?

Es gibt deutliche Zeichen für Fortschritt:

- Das Kultusministerium hat 200 zusätzliche Deputate genehmigt.
- Vorbereitungsklassen (VKL) können schon ab 4 Schülern eingerichtet werden (bisher 10).
- Gelder können im laufenden Schuljahr abgerufen werden (vorher nur im vorhergehenden Schuljahr für das ganze nächste Jahr).
- Vor kurzem wurde beschlossen, bereits in der Erstaufnahme eine Schulbiografie jedes Kindes zu erstellen, um eine optimale Einstufung und Förderung zu erreichen.

Und wie sieht das in der Praxis aus? Im allgemeinbildenden Bereich gibt es im laufenden Schuljahr vier Vorbereitungsklassen an Gymnasien (VKL), 10 an Realschulen und 1230 an Grund-/Werkreal-/Haupt-/Gemeinschaftsschulen. Die 200 Stellen wurden wie folgt aufgeteilt: 142 Stellen für allgemeinbildende, 58 für berufliche Schulen. An den allgemeinbildenden Schulen gibt es nach vorläufigen Zahlen 1145 VKL, 249 mehr als im Vorjahr. In den VABO-Klassen (berufsvorbereitende Klassen) 108, ein Zuwachs von 75. Welche Schulen in welchem Umfang Stellen zugewiesen bekommen, entscheiden die Regierungspräsidien in Absprache mit den Schulämtern.¹

Nach einer Umfrage des Flüchtlingsrats bei einigen Landkreisen und Sozialverbänden² wird übereinstimmend berichtet, dass sich die Situation in den Grundschulen deutlich verbessert habe. Nicht alle befragten Landkreise wussten allerdings, dass man schon bei vier SchülerInnen eine VKL beantragen kann, somit bleiben leider einige Möglichkeiten ungenutzt. Die Einschulung klappt jetzt besser als vorher und finde unmittelbar nach dem

Einzug in die vorläufige Unterbringung statt. Es gibt also eine deutliche Verbesserung im Hinblick auf die Angebote, nicht aber in jedem Fall bei der Qualität. In der Regel verfügen die Lehrkräfte über keine Ausbildung für Deutsch als Fremdsprache (DaF). Erst im Dezember konnten alle 200 Deputate besetzt werden, z. T. mit Dolmetscher/-innen, Übersetzer/-innen und Bachelorabsolvent/-innen mit dem Fach Deutsch (Auskunft RP Karlsruhe). Curricula für den DaF-Unterricht gibt es in Baden-Württemberg nicht (Auskunft Kultusministerium). Es fehlt auch an geeignetem Unterrichtsmaterial. Die Kosten für das sog. „Verbrauchsmaterial“ (Arbeitshefte, die die SchülerInnen bearbeiten) können die Flüchtlingskinder nicht tragen, meist sind jedoch keine Mittel dafür vorgesehen. Hier könnten die Schulen oder auch Ehrenamtliche aktiv werden und bei den Landkreisen eine Finanzierung erwirken. Heidelberg hat eine solche zugesagt.

In den VKL sind Kinder und Jugendliche nicht nur aus ganz verschiedenen Ländern, sondern auch unterschiedlicher Altersstufen und Vorkenntnisse. Es gibt Kinder, die nie eine Schule besucht haben und andere, die auf einem Gymnasium waren. Ein Klassenteiler von 24 in den allgemeinbildenden Schulen ist da viel zu hoch und eine Überforderung für die Lehrkräfte. In der genannten Umfrage wird dieses Problem mehrfach hervorgehoben. Hier müssten eine Differenzierung und kleinere Klassen möglich sein, ebenso wie besondere Mittel für die Alphabetisierung älterer Kinder. Das Regierungspräsidium verweist auf die Direktzuweisungen, mit denen jede Schule besonderen Anforderungen gerecht werden kann – aber nur in engem Rahmen. Ein Missstand wurde besonders

beklagt: Der Unterricht in den VKL-Klassen fällt am schnellsten aus, wenn Lehrkräfte erkranken. Hier müssen andere Prioritäten gesetzt werden.

Obwohl sich die Zahl der Vorbereitungskurse in den Berufsschulen (VABO) stark erhöht hat, gibt es hier immer noch längere Wartezeiten, wie die befragten Landkreise berichten. Der Ortenaukreis beklagt, dass es für 50 Jugendliche keinen Platz in einer VABO gebe und 4-5 neue Klassen nötig seien (vgl. Badische Zeitung 2.6.2015). Von Fachleuten wird die Zeit für das Erlernen der Sprache bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf mindestens zwei Jahre geschätzt, sie erhalten aber nur ein Jahr Unterricht in den VABO-Klassen. Die Verlängerung der Zeit ist dringend geboten. Das fordern z.B. auch die Lehrkräfte der Steinbeis-Schule in Ulm (vgl. Südwestpresse 4.3.2015).

Weiterhin ein großes Problem ist die Elternarbeit. Sie ist zeitaufwändig und man braucht Dolmetscher. Die Schulämter argumentieren, dass aus Datenschutzgründen nicht jeder Dolmetschen könne. Außerdem gibt es dafür keine Mittel. Manche Rektoren entwickeln allerdings Wege, wie sie trotzdem mit den Eltern kommunizieren können. Sie bezahlen z.B. Dolmetscher, die die Kommune bereitstellt oder die sie selbst organisieren, mit Geldern ihres Fördervereins. In Pforzheim gewährleisten Stadt und Diakonie eine gute Versorgung mit Dolmetschern. In einer Heidelberger Grundschule findet eine enge Zusammenarbeit mit dem Asylarbeitskreis statt, der ehrenamtliche Betreuer für Elterngespräche und Elternabende vermittelt.

Allgemein fehlt es an Betreuungs- und Freizeitangeboten. Wie aus der Umfrage bei den Landkreisen hervorgeht, müssen Kinder lange auf einen Kitaplatz warten und es gibt kaum Ganztagschulen. Unicef nennt deshalb auch die Bedingungen für Flüchtlingskinder in Deutschland „*schlechter als sie sein müssten*“ und sieht darin einen Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention (Frankfurter Rundschau 10.9.2014).

Zum Glück gibt es fast überall ein Engagement von Ehrenamtlichen, die diese Mängel auffangen. Sie suchen z.B. nach Kitaplätzen, wenn die Sozialämter schon eine Absage erteilt haben. Es gibt zusätzliche Sprachlernangebote durch Lerntandems und Hausaufgabenbetreuung in den Unterkünften. Einige Beispiele aus Heidelberg: Frau Prof. Dietrich hat ein Mentorenprogramm ins Leben gerufen. Sie bildet mit ihren SeminarteilnehmerInnen des Instituts für Bildungswissenschaften Lerntandems mit allen Kindern einer VKL. Es wird eine Sprachstandsanalyse gemacht und Lernmaterial für jedes Kind individuell bereitgestellt. Neben dem

Lerneffekt hat diese Methode auch einen Resilienzeffekt. Die persönliche Zuwendung stärkt die durch die Flucht verunsicherten Kinder in ihrem Selbstwertgefühl. Für die Unterstützung von SchülerInnen in den VABO-Klassen hat sich eine studentische Gruppe zusammengetan, die sich „Wir für Flüchtlinge“ nennt und ebenfalls Lerntandems bildet. Der Asylarbeitskreis Heidelberg vermittelt Nachhilfe für Flüchtlingskinder.

Neben dem Erreichten gibt es weiterhin Verbesserungsbedarf:

- Die Verbindlichkeit aller VKL-Klassen muss gewährleistet sein und sie müssen weniger Schüler umfassen.
- In den Berufsschulen müssen die VABO-Klassen aufgestockt werden. SchülerInnen bis zum 21. Lebensjahr sollten aufgenommen werden.
- Der Deutschunterricht ist auf zwei Jahre auszuweiten, so dass die SchülerInnen das Sprachniveau B2 erreichen.
- Mehr professionelle DaF-Lehrkräfte müssen ausgebildet werden.
- Curricula für DaF-Unterricht müssen erarbeitet werden.
- Schulunterricht bereits in der Erstaufnahme wie in anderen Bundesländern.
- Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, damit traumatisierte Kinder identifiziert und therapiert werden. Hier wäre es hilfreich, wenn Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter geschult würden, Anzeichen einer Traumatisierung zu erkennen.

Eine Fortbildung für Lehrkräfte zu diesem Thema will das Schulamt Mannheim organisieren. Der Anstoß dazu geht von einem „Runden Tisch zur Beschulung von Flüchtlingskindern in Heidelberg und Umgebung“ aus. Er wird vom Schulamt Mannheim zusammen mit der Schulpsychologischen Beratungsstelle Heidelberg organisiert und bringt Mitglieder verschiedener Institutionen, die mit Flüchtlingskindern zu tun haben, zusammen, um für deren Situation Verbesserungen zu erzielen. Runde Tische wie der Heidelberger sollte es überall im Land geben. Sie könnten zu einer Willkommenskultur in der Schule einen wertvollen Beitrag leisten.

1 Auskunft durch das Kultusministerium Februar 2015

2 Breisgau-Hochschwarzwald, Lörrach, Pforzheim, Reutlingen, Caritas Stuttgart

Die Autorinnen:

*Ulrike Duchrow
ist Vorstandsmitglied im
Flüchtlingsrat
BW und aktiv im
Asylarbeitskreis
Heidelberg*

*Melanie Skiba
ist Sprach-,
Literatur- und
Kulturwissenschaftlerin und
Projektreferentin
beim Flüchtlingsrat
BW*